

12.00

Bundesrat Mag. Gerald Zelina (STRONACH, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Liebe Zuschauer vor den Fernsehgeräten! Mit dem Pariser Weltklimavertrag und dessen heutiger Ratifizierung in Österreich erleben wir eine historische Zeitenwende zum Wohle der gesamten Menschheit, deren Bedeutung für viele noch nicht annähernd erfassbar ist.

Der Kampf um Profite aus Besitz, Transport und Verkauf von Öl und Gas hat die Menschheit seit 1850 unzählige Kriege und Millionen von Menschenleben gekostet. Auch die aktuellen Kriege in Syrien und der Ukraine sind in erster Linie Pipeline-Kriege um Öl und Gas.

Die Erdölindustrie, deren Kartelle und Bankenkonzerne sind mitverantwortlich für die extreme Vermögensungleichheit in unserer Welt. Die Namen Rockefeller und Rothschild stehen synonym für Monopolgewinne, ein ausbeuterisches Ölsystem und ein ungerechtes Geldsystem, das sich seit langer Zeit auf Kosten der Masse der Menschheit bereichert hat. (*Vizepräsident **Gödl** übernimmt den Vorsitz.*)

Die Ölpreise wurden immer wieder unter Mitwirkung internationaler Investmentbanken durch Verkaufs- und Kaufringelspiele und Öltanker, die als zusätzliche Öllager dienen, künstlich hochgehalten. Die Differenz zwischen den technischen Ölproduktionskosten und den hochgepushten Ölbörsenpreisen teilten sich die Ölundertnehmen und Förderländer, die damit ihre Banken, Staatsausgaben und Staatsfonds finanzierten. Damit ist jetzt Schluss.

Mit dem Weltklimavertrag geht das Zeitalter des Erdöls zu Ende. Der Ölpreis ist in den letzten Monaten von 120 US-Dollar auf 30 US-Dollar pro Barrel abgestürzt. Meine Damen und Herren, das ist ein Preiseinbruch um gewaltige 75 Prozent, der nun allen Konsumenten anstatt den Ölkonzernen zugutekommt.

Die Bank of England hat im September 2015 eine Warnung an alle Investoren ausgesprochen, dass weitere Investitionen in Öl zu Sunk Costs führen könnten, also einer Totalabschreibung und einem Totalverlust aller Ölinvestments. Und genau da müssen wir bei der Umsetzung des Weltklimavertrages ansetzen. Wir müssen sämtliche Investitionen in fossile Energieträger, also Kohle, Öl und Gas, stoppen. Das gilt auch für alle Banken und ebenso für die OMV.

Einige europäische Großinvestoren wie die Allianz Versicherung oder der norwegische Pensionsfonds gehen bereits in diese Richtung und haben sich aus allen Kohleinvestments zurückgezogen. Selbst die Rockefeller-Stiftung hat sich heuer von

ihren Investments in fossile Brennstoffe und damit auch vom Öriesen ExxonMobil getrennt. Auch aus den Beteiligungen im Bereich Kohle und kanadischer Ölsand werden sie sich zurückziehen.

Meine Damen und Herren! Diese Entwicklung ist sensationell und kommt einer Revolution gleich.

Als zweite Maßnahme neben dem Investitionsstopp gehören alle staatlichen Subventionen und Förderungen für fossile Energieträger gestoppt. Förderungen für fossile Energieträger dürfen Subventionen für erneuerbare Energieträger nicht mehr übersteigen. Statt in fossile Energieträger müssen wir massiv in emissionsfreie erneuerbare Energietechnologien, also Strom aus Sonne, Wind, Wasser und Erdwärme, investieren. Die höchsten CO₂-Emissionen entstehen erstens in der Industrie – Stahlindustrie, Zementindustrie, Raffinerien –, zweitens bei den Heizungsemissionen und drittens durch Lkw- und Pkw-Verkehrsabgasemissionen aus Benzin- und Dieselerbrennungsmotoren. Genau da müssen wir weitere Maßnahmen setzen.

Zur Produktion einer Tonne Stahl muss man derzeit 600 Tonnen Koks kohle verbrennen. Von dieser Hochofenverbrennungstechnologie müssen wir weg in Richtung von Wasserstofftechnologien zur CO₂-freien Stahlproduktion. Ölheizungen gehören verboten, Investitionen in thermische Haussanierungen weiterhin forciert. Und wir müssen massiv in emissionsfreie Elektroautotechnologien investieren und unseren Verkehr auf E-Cars, E-Lkws und E-Busse umstellen. Elektroautos sind emissionsfrei und produzieren keine schädlichen Abgase wie Verbrennungsmotoren.

Ab 2025 sollte in Österreich ein Verkaufsverbot für Benzin- und Dieselmotoren gelten. In Norwegen, in den Niederlanden und in Indien ist das bereits beschlossen. Österreich soll ein Land ohne Benzin- und Dieselaautos werden. Elektroautos gehören massiv gefördert mit 5 000 € Kaufprämie wie in Niederösterreich, mit E-Car-Privilegien, Parkpickerlbeefreiung, Autobahnmautbeefreiung, Busspurbenutzung, mit Steuervorteilen wie der Befreiung von Kfz-Steuern wie der NoVA, Vorsteuerabzugsfähigkeit und Befreiung von Sachbezugslohnsteuern für E-Cars.

Meine Damen und Herren! Die Elektromobilität ist ein wichtiger Impulsgeber für unsere Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt. Wenn wir Elektroautos mit sauberer, erneuerbarer Energie abseits von Öl, Kohle und Gas kombinieren, erschaffen wir eine nachhaltige, lebenswerte Zukunft für unsere Kinder. Die Gewinnung erneuerbarer Energien ist ein Wirtschaftszweig, der größtes Zukunftspotenzial aufweist. Österreich

soll zu einem Vorzeigeland bei der Nutzung erneuerbarer Energien werden und eine wirtschaftliche Vorreiterrolle in der Umwelttechnologie einnehmen.

Meine Damen und Herren, der Ratifizierung des Pariser Weltklimavertrages stimme ich mit großer Freude zu. – Vielen Dank. *(Beifall bei Bundesräten von ÖVP und SPÖ.)*

12.07

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Zur Abgabe einer abschließenden Stellungnahme hat sich der Herr Bundesminister nochmals zu Wort gemeldet. Ich bitte um Rücksichtnahme, dass die Redezeit maximal 5 Minuten betragen soll. – Bitte.